MONATSSPIEGEL

Die Zeitung der Erlanger SPD

Ausgabe November 2022

ENTSCHLOSSEN HANDELN GEGEN DEN KLIMANOTSTAND!

VON: DR. PHILIPP DEES

Ende September ist der in einem umfangreichen Prozess erarbeitete Maßnahmenkatalog Klimaaufbruch in den Stadtrat eingebracht worden, Ende Oktober (nach Redaktionsschluss) soll der Stadtrat über dessen Umsetzung beschließen. Erarbeitet worden ist dieser Maßnahmenkatalog in einem umfangreichen Prozess, an dem die wissenschaftliche Expertise aus dem ifeu-Institut, zufällig ausgewählte Erlanger Bürger*innen sowie verschiedene Stakeholder*innen – Initiativen, Verbände und Unternehmen wie die IHK, Siemens und der FAU oder auch verschiedene Umweltschutzverbände – beteiligt waren.

Der Maßnahmenkatalog zeigt mit insgesamt 41 Maßnahmen in fünf Handlungsfeldern – übergreifende Maßnahmen, Energieversorgung, Gebäude, Mobilität und Ernährung und Konsum – auf, was in Erlangen zu tun ist, um das 1,5-Grad-Ziel – also eine Beschränkung der Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad – zu erreichen: Dem Restbudget-Ansatz folgend – wie viel CO2 darf in Erlangen anteilig zur Welt maximal noch emittiert werden, damit die Temperatur nicht mehr als 1,5 Grad ansteigt – muss Erlangen dann noch vor 2030 klimaneutral sein. Das gelingt nur mit massiven Veränderungen in allen genannten Handlungsfeldern.

Der Bericht zeigt aber auch: Die Stadt allein kann das Ziel der Klimaneutralität vor 2030 nicht erreichen. Zum einen, weil der rechtliche Rahmen fehlt: Die Stadt kann zum Beispiel nicht vorschreiben, dass im Stadtgebiet nur noch Elektro-Antriebe zulässig und konventionelle Verbrennungsmotoren verboten sind. Zum zweiten, weil selbst eine Stadt mit hohen Einnahmen, wie es Erlangen derzeit (noch) ist, mit den notwendigen Finanzmitteln für den Klima-Aufbruch überfordert ist: Alle Maßnahmen mit den notwendigen Personal- und Finanzmitteln umzusetzen, würde bedeuten, dass der Haushalt ein erhebliches Defizit aufweisen würde. Die Stadt entscheidet aber nicht alleine darüber, wie sie den Haushalt gestaltet, son-

>> Seite 3

AUCH IN DIESER AUSGABE:

- Rückblick auf den September
- Aktuelles aus dem Rathaus

TERMINE

09.11.	15:00	AG 60+: Sitzung	Thalermühle	S. 22
09.11.	19:30	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 20
15.11.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Brückenpaulus	S. 19
15.11.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 18
16.11.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Bürgertreff Berliner Platz	S. 21
17.11.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Güthlein	S.3
20.11.	12:00	Distrikt Tennenlohe: Entenessen	Schlößla	S. 21
25.11.	19:30	Jusos: Sitzung mit Prof. Safferling	August-Bebel-Haus	S. 9 u. 21
26.11.	17:00	Film & Gespräch	Kreuz & Quer	S. 24
23.11.	15:00	Filmnachmittag der AG 60+	IGM-Saal	S. 3
30.11.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S. 19

KONTAKT

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende:
Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:
Fynn Geifes
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131 812 65-22
Telefax: 09131 812 65-13
Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Mo	**17:00 - 19:00**
Do-Fr	**09:00 - 12:00**

und nach Terminvereinbarung

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender:
Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter

Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225
Mail:spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Bürozeiten

Mo	**09:00 - 13:00 Uhr**
Di	**09:00 - 13:00 Uhr**
Mi	**geschlossen**
Do	**09:00 - 13:00 Uhr**
Fr	**geschlossen**

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Kreisverband Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:
Katharina Ullmann
(ku, presserechtliche Verantwortliche, Anschrift wie oben)
Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Sophie Eidt, Monika Fath-Kelling, Johanna Pfister, Martin Prokopek, Sophia Waldmann, Christian Wonnerth

Druck:
Onlineprinters GmbH,
Fürth

Auflage:
600 Stück

dern sie braucht eine Haushaltsgenehmigung von der Regierung von Mittelfranken. Und dieser muss sie nachweisen, dass die „langfristige Tragfähigkeit“ des Haushaltes gewährleistet ist. Die Stadt kann also nur in dem Umfang Stellen schaffen und Maßnahmen finanzieren, wie diese „langfristige Tragfähigkeit“ noch besteht (und das wird nicht leichter dadurch, dass es dafür keine eindeutige Definition gibt). Anders als der Bund, anders als das Land kann die Stadt nicht beliebig Sondervermögen schaffen und darüber Kredite aufnehmen – sondern wir müssen uns im Rahmen bewegen, den die Haushaltsvorschriften uns vorgeben. Und wir müssen dabei auch noch damit umgehen, dass angesichts der ökonomischen Entwicklung die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass sich unsere gute Einnahmensituation verschlechtert, Gewerbe- und Einkommenssteuer zurückgehen – und gleichzeitig auch die Stadt von den massiven Kostensteigerungen bei Baukosten, Energie und vielem mehr betroffen ist.

In dieser Situation haben wir uns entschieden, den Weg zu gehen, den der „Fahrplan Klimaaufbruch“ bereits angelegt hat: Innerhalb der 41 Maßnahmen zu priorisieren und dabei die Maßnahmen auszuwählen, mit denen entweder schnell durch die Stadt selbst eine hohe CO2-Einsparung erreicht werden kann oder Menschen, Unternehmen, Verbände etc. angestoßen werden, ihrerseits schnell zu großen CO2-Einsparungen zu kommen. Schon bei der Erstellung des „Fahrplans Klimaaufbruch“ sind dafür 12 sogenannte „Leuchtturm-Maßnahmen“ ausgewählt worden. Diese werden wir nun vorrangig umsetzen, ergänzt um das Einwirken auf Bundes- und Landesebene, damit der Rahmen, in dem wir handeln können, ausgeweitet wird, und um eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Klimaschutz.

Bei der Umsetzung dieser Leuchtturm-Maßnahmen werden wir die Grenzen, die uns gesetzt sind, ausreizen. Das wird harte Entscheidungen bedeuten, denn: Um die notwendigen Personalstellen zu schaffen und die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen, werden wir andere Aufgaben und Projekte zurückstellen müssen. Das wird an vielen Stellen bedeuten, dass Leistungen der Stadt nicht in dem Umfang, in der Qualität erbracht werden können, in dem wir, Bürger*innen und Unternehmen in unserer Stadt sich das wünschen. Es wird längere Bearbeitungszeiten geben, Verzicht auf Investitionsprojekte und einiges mehr. Und es wird daran natürlich auch Kritik geben. Aber wir sind überzeugt: Weil der Klimaaufbruch keinen Aufschub duldet, weil entschlossenes Handeln notwendig ist, müssen wir diesen Weg gehen.
Unbegrenzt kann man andere Aufgaben der Stadt aber nicht zurückstellen. Denn wir müssen natürlich auch das soziale Gefüge in unserer Stadt und die Herausforderungen in anderen Gebieten im Blick behalten. Nur drei Beispiele: Wir können nicht entscheiden, die KiTas, deren Gebäude in den nächsten Jahren fertiggestellt werden und deren Plätze Eltern in unserer Stadt dringend brauchen, nicht in Betrieb zu nehmen, weil wir die notwendigen Personalstellen nicht schaffen. Und es kommt auch nicht in Frage, dass wir den Menschen, die ab Anfang 2023 durch die von der SPD im Bund durchgesetzte Wohngeld-Reform oder das neue Bürgergeld Anspruch auf Leistungen haben, diese nicht auszahlen, weil das Personal zur Antragsbearbeitung fehlt – und das gerade in einer Zeit, wo diese Menschen angesichts der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise dringend auf die Leistungen angewiesen sind. Oder dass wir ausgerechnet in dieser angespannten Situation die Zuschüsse für soziale Einrichtungen nicht, wie es z.B. steigende Energiekosten nötig machen, erhöhen, sondern sogar kürzen.

Ja: Das schränkt uns weiter ein. Aber für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt sind diese Rücksichtnahmen wichtig. Und wenn uns der soziale Zusammenhalt entgleitet, dann ist auch dem Klimaschutz nicht gedient: Denn dann haben Demagog*innen und Populist*innen leichtes Spiel, die nicht nur unsere Demokratie und die offene Gesellschaft in Frage stellen, sondern eben auch den Klimanotstand negieren.

>> Seite 9

KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung
am Donnerstag, 17. November 2022, 20:00 Uhr
Gasthof Güthlein, Dorfstraße 14

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung
2. Klimaaufbruch in Erlsangen mit Dr. Andreas Richter
3. Satzungsänderung (die Änderungen sind zu finden unter folgendem Link: spd-erlangen.de/satzungsaenderung2022)
4. Anträge
5. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
6. Verschiedenes

Munib Agha Sandra Radue

WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG & WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES LEBENSJAHR ALLES GUTE!

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., 60. & 65. Geburtstag sowie ab dem 70. Lebensjahr im Monatsspiegel

02.11. Angelika Veelken
67 Jahre

03.11. Friedrich Drechsler
78 Jahre

03.11. Gerhard Carl
74 Jahre

03.11. Hans Jürgen Schäfer
77 Jahre

03.11. Ruth Sych
89 Jahre

04.11. Franz Höfer
72 Jahre

04.11. Herbert Hummich
85 Jahre

04.11. Marianne Vittinghoff
79 Jahre

08.11. Christine Bauer
70 Jahre

08.11. Rosemarie Pfister
89 Jahre

11.11. Anne Reeh
75 Jahre

13.11. Wolfgang Peter
72 Jahre

19.11. Anton Neubauer
83 Jahre

20.11. Klaus Speicher
75 Jahre

22.11. Lutz Reyher
95 Jahre

23.11. Axel Graemer
72 Jahre

25.11. Dagmar Paliwal
80 Jahre

27.11. Friedrich Schrenk
81 Jahre

28.11. Barbara Thaler
74 Jahre

28.11. Erich-Herbert Mondon
83 Jahre

29.11. Herdith-Grete Coerlin
72 Jahre

DER ERLANGENPASS PLUS KOMMT - SPD SETZT ZENTRALES WAHLKAMPF-VERSPRECHEN UM

Nach dem großen Erfolg des von der SPD nach 2014 eingeführten ErlangenPass hat die SPD in ihrem Wahlprogramm 2020 gemeinsam mit Oberbürgermeister Florian Janik vorgeschlagen, den Pass deutlich auszuweiten: Auch Menschen mit niedrigen Einkommen, die aber keine Sozialleistungen beziehen, sollen Zugang zu den Vergünstigungen des ErlangenPass erhalten. Dafür wurde der neue Begriff „ErlangenPass plus“ geprägt.

Mit einer Vorlage zum Sozial- und Gesundheitsausschuss und dann zum Stadtrat im Oktober wird dieses Vorhaben nun umgesetzt: Den ErlangenPass erhalten künftig zum einen auch Studierende und Auszubildende, die BAföG bzw. Berufsausbildungsbeihilfe erhalten. Vor allem aber können den Pass künftig Menschen in Haushalten mit niedrigem Einkommen beantragen: Z. B. erhalten Alleinstehende bis zu einem Nettoeinkommen von rund 1.600 Euro künftig den Pass, bei einem Paar mit zwei Kindern gilt als Grenze ein Haushaltseinkommen von gut 3.000 Euro. Die Einkommensgrenzen werden fortlaufend an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst.

„Schon mit dem ErlangenPass haben wir dafür gesorgt, dass viele Menschen erheblich mehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben können“, kommentiert der SPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Dees: „Mit dem ErlangenPass plus wird es nun nochmal deutlich mehr Menschen geben, denen wir das ermöglichen. So wird es für viele Familien, die mit ihrem Einkommen nur knapp auskommen, nun leichter, sich zum Beispiel einen Schwimmbadbesuch zu leisten, Konzerte oder Veranstaltungen z.B. im E-Werk zu besuchen oder Kurse bei der Volkshochschule oder der Sing- und Musikschule zu belegen. Das ist gerade jetzt, wo viele von den stark steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten betroffen sind und ihre Freizeitaktivitäten einschränken müssen, eine Erleichterung – etwas mehr Luft, um am Leben in unserer Stadt teilhaben zu können.“

„Wir freuen uns auch, wie viele Verbände, Vereine und auch private Unternehmen Menschen mit ErlangenPass Rabatte anbieten“, ergänzt SPD-Sozialsprecher Andreas Bammes: „Wir hoffen, dass diese auch beim ErlangenPass plus an Bord bleiben – denn auch das ist ein wichtiger Beitrag für ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt.“
„Wir machen einen großen Schritt zu mehr Teilhabe und mehr Gerechtigkeit in unserer Stadt“, so Dees gemeinsam mit SPD-Seniorensprecherin Dunja Zaouali: „Wir danken dem Sozialreferenten, den Amtsleitungen und den Mitarbeiter*innen im Sozialreferat, die parallel zur hohen Belastung durch Corona und Ukraine-Flüchtlinge unseren Vorschlag des ErlangenPass plus in ein überzeugendes Konzept umgesetzt haben. Die SPD bringt soziale Gerechtigkeit weiter voran!“

ROLLENBILDER HINTERFRAGEN

„Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“ lautet eine Kernforderung aus dem SPD-Grundsatzprogramm.

Bei dieser Forderung geht es mitnichten darum, Männer zu verteufeln. Vielmehr sollen Rollenbilder und Strukturen hinterfragt werden. Denn sie tun keinem Menschen gut. Noch immer herrschen Rollenbilder und Klischees vor: Da ist es Frauensache, sich um andere zu kümmern, oder männlich, andere zu beschützen oder sich um Technik zu kümmern. Jeden Tag merken wir: Diese Rollenbilder stimmen nicht mit dem überein, wie wir Menschen kennen. Und sie schränken ein: Kinder und Jugendliche, wenn sie ihre Interessen entwickeln und entfalten wollen. Aber auch für Erwachsene werden sie oft zu Last.

All diese Themen greift die Kampagne „Männlichkeiten“ vor Ort in Erlangen auf. Ziel der Kampagne ist es, mit Plakaten, Postkarten und Veranstaltungen zum Nachdenken anzuregen, Impulse zu geben, zur freien Entfaltung zu ermutigen aber auch Bilder von Männlichkeit zu hinterfragen. Denn leider stecken allzu oft auch in unserer Gesellschaft hinter falschen Vorstellungen von Männlichkeit Sexismus und Gewalt.
Hervor gegangen ist die Kampagne aus einem Antrag der SPD-Fraktion.

PHILIPP DEES IST LANDTAGSKANDIDAT DER SPD ERLANGEN – SOPHIA WALDMANN KANDIDIERT FÜR DEN BEZIRKSTAG

Der Vorsitzende der Stadtratsfraktion, Philipp Dees, wurde von der Nominierungsversammlung einstimmig als Landtagskandidat für den Stimmkreis Erlangen – der neben Erlangen auch Heroldsberg und Möhrendorf umfasst – nominiert. Gleichzeitig wurde, ebenso einstimmig, Sophia Waldmann, die Vorsitzende der Erlanger Jusos, zur Bezirkstagskandidatin gewählt.

„Energiekrise, Klimakrise, hohe Inflation, Lehrer*innenmangel, Mangel bei Erzieher*innen, eine angespannte Situation in unseren Krankenhäu-

Unsere Kandidierenden:
Sophia Waldmann für den Bezirk & Dr. Philipp Dees für den Landtag

sern und Pflegeeinrichtungen – es gibt unzählige Themen, bei denen endlich gehandelt werden muss – es die Regierung in München aber nicht tut", sagte Philipp Dees in seiner Bewerbungsrede: „Ich will dazu dafür sorgen, dass diese Themen endlich angegangen werden. Dazu bringe ich meine Erfahrungen aus dem Erlanger Stadtrat mit, wo wir seit Jahren erfolgreich Politik gestalten."

Die Region Erlangen und Erlangen-Höchstadt brauche nach dem Ausscheiden von Alexandra Hiersemann weiter eine sozialdemokratische Stimme in München, so Dees weiter: „"Das Nichts-Tun der Regierung schadet nicht nur den Menschen. Es ist mittlerweile auch eine riesige Gefahr für den Wirtschaftsstandort Bayern und damit die Arbeitsplätze unzähliger Menschen. Alleine die verpennte Energiewende kann dafür sorgen, dass Unternehmen sich für andere Standorte entscheiden, wo Energie aus erneuerbaren Quellen zuverlässig und günstig zur Verfügung steht – weil rechtzeitig entschieden wurde. Uns als starke Wirtschaftsregion kann das heftig treffen. Ich möchte dafür sorgen, dass durch klare Entscheidungen die Zukunft unserer Region und der Menschen gesichert wird!"

Dees machte auch deutlich: „Ich habe keine Lust, in der Opposition zu sitzen. Ich möchte, dass die SPD in Verantwortung kommt. Denn nur dann können wir Bayerns Zukunft sozial, ökologisch, aber vor allem erfolgreich gestalten!"

Sophia Waldmann will sich im Bezirkstag für den Ausgleich sozialer Ungleichheiten einsetzen. Ihre politischen Ziele kann Waldmann klar benennen: „Als SPD müssen wir die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung stärken und für die möglichst unbürokratische Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes sorgen Menschen mit egal welchen Einschränkungen sollten faire und für sie passende Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten finden können. Wir wollen, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen und aufwachsen können; Und wir brauchen eine ausreichende und gute Versorgung für Menschen mit psychischen und/oder Suchterkrankungen." Als langjährige Jugendleiterin ist ihr die beim Bezirk liegende Förderung der Jugendarbeit besonders wichtig.

Zudem lobt Waldmann in ihrer Bewerbungsrede die derzeitige Arbeit der SPD-Bezirkstagsfraktion Mittelfranken, die sich für Projekte gegen Rechtsextremismus, und für die Entstehung eines kritischen Gedenkorts in der ehemaligen "HuPflA" in Erlangen einsetzt.

Mehr über Philipp Dees und Sophia Waldmann erfahren Sie unter den angegeben Links und natürlich in persönlichen Gesprächen.

SICHTBARKEIT SCHAFFT SICHERHEIT - AM CSD UND ALLEN ANDEREN TAGEN!

Zum dritten Mal wurde in diesem Jahr der CSD in Erlangen gefeiert mit vielen strahlenden Gesichtern, klaren Statements und guter Laune. Flankiert wurden Umzug und Kundgebung von Regenbogenfahnen an städtischen Gebäuden, wie von der SPD-Fraktion beantragt.

Der Christopher Street Day ist eine Demonstration für die rechtliche Gleichstellung aller Menschen, für Akzeptanz und für ein friedvolles und von gegenseitigem Respekt geprägtes Leben aller miteinander. Ihn zu begehen ist weiterhin wichtig, um gemeinsam selbstbewusst für einander einzutreten und Forderungen Nachdruck zu verleihen wie rechtlicher Gleichstellung, Sensibili-

sierung und gelebter Solidarität, um queere Identitäten und Lebensweisen selbstverständlich zu machen.

Sicherheit für queere Menschen ist mehr als der Schutz vor körperlicher oder verbaler Gewalt. Sicherheit heißt auch selbst über den eigenen Körper und die eigene Identität bestimmen zu können, dass queere Familien füreinander sorgen können und auch rechtlich anerkannt werden, dass Medizin und Psychologie sensibel für queere Identitäten und Lebensentwürfe sind, dass die queere Community politische Mitbestimmung erhält und in ihrer Selbstorganisation gestützt und ernst genommen wird.

Vieles davon kann nur auf Bundes-/Landesebene angegangen werden. Die Ampelkoalition hat als erste Regierung mit Sven Lehmann einen Beauftragten für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt benannt. Bayern hingegen ist das einzige Bundesland ohne einen Aktionsplan zum Thema.

Was in Erlangen bereits passiert: Dieses Jahr wurde ein Modellversuch gestartet für kostenlose Menstruationsartikel, welcher 2023 nicht nur weitergeführt, sondern auch ausgeweitet werden soll. Auch die Aufklärungskampagne für mehr Sichtbarkeit von queeren Lebensweisen wurde durchgeführt und wird für 2023 erneut beantragt.

Am Ende der Kundgebung gab es einen Polittalk, bei denen Sophia Waldmann und Philipp Dees mit ihren Statements überzeugen konnten. So sprach Sophia Waldmann davon, dass „... egal ob politisch queer oder nicht: queeres Leben hat immer ein feministisches Grundanliegen – gesellschaftliche Erwartungen und Strukturen aufbrechen, die Männer*/Frauen*/queere Menschen unglücklich machen, die der Unterdrückung von FLINTA*s dienen, der kapitalistischen Ausbeutung weiblicher Care-Arbeit und der politischen Dominanz einer alten, weißen und männlichen Elite."

Philipp Dees verwies auf den langjährigen und vehementen Einsatz der Erlanger SPD für Anliegen der queeren Community und aktuell besonders auf die Schaffung eines queeren Treffpunkts als Schutzraum: „Es scheitert weder am Willen, noch am Geld. Es muss geklärt werden, wo dieser Schutzraum gestaltet werden kann als tatsächlicher Raum, der Schutz bietet. Dieser Raum muss in Selbstverwaltung organisiert werden. Wir sind zu dem Thema im engen Austausch mit der Community und dem #makeyourtownqueer Verein. Weitere Gespräche stehen im Oktober an."

FÜR DAS RECHT AUF SICHERE ABTREIBUNG - FÜR ALLE FRAUEN, IN BAYERN, IN DEUTSCHLAND UND WELTWEIT!

Der Safe Abortion Day am 28.09. hat auf die prekäre Situation vieler Frauen* aufmerksam gemacht, die eine Schwangerschaft abbrechen wollen und dabei erheblichen Gefahren ausgesetzt sind.

In vielen Ländern gehen Frauen*, die eine Schwangerschaft abbrechen wollen, sehr hohe gesundheitliche Risiken ein, da sie zu illegalen Abtreibungen gezwungen werden. Selbst darüber zu entscheiden, ob sie* ein Kind austragen will, gehört für Frauen* zu den grundlegenden

Rechten. Auch in Deutschland wird das Recht auf einen sicheren, medizinisch kompetent ausgeführten Schwangerschaftsabbruch in der Realität stark eingeschränkt, da es in vielen Regionen kaum Kliniken und Ärzt*innen gibt, die den Eingriff durchführen.

„Gerade Bayern macht es betroffenen Frauen* besonders schwer. In keinem anderen Bundesland bieten weniger Ärzt*innen Schwangerschaftsabbrüche an; es sind bayernweit nicht einmal 50 Kliniken und Ärzt*innen. Fast zwei Drittel aller Eingriffe finden in München statt, weil es in vielen Regionen gar keine Versorgung gibt. Frauen* müssen also oft weite Strecken zurücklegen. Das ist eine zusätzliche und unnötige Belastung“, erklärt Sophia Waldmann, Bezirkstagskandidatin der Erlanger SPD.

Im Namen der Jusos, der SPD-Stadtratsfraktion und der Erlanger Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen riefen Sophia Waldmann, Barbara Pfister und Lisa Kaufmann dazu auf, gegen diese Missstände zu protestieren und dies auch durch ein Foto („Wir tragen Lila“) in den sozialen Medien zum Ausdruck zu bringen. Daran beteiligt haben sich, neben den bereits genannten, u.a. die Stadträt:innen Valeria Fischer, Munib Agha und José Ortega Lleras, die Bezirksrätin Gisela Niclas sowie der Sozialreferent der Stadt Erlangen, Dieter Rosner und der Oberbürgermeister Dr. Florian Janik.

Protestiert wird gegen die Beschneidung des Selbstbestimmungsrechts und gefordert wird eine umfassende Aufklärung über Schwangerschaftsabbrüche und eine ausreichende flächendeckende medizinische Versorgung in diesem Bereich.
Unsere Solidarität gilt allen Frauen dieser Welt, die bedroht und kriminalisiert werden und deren Gesundheit gefährdet ist, wenn sie sich gegen eine Schwangerschaft entscheiden.

STREET-ART-PORTRÄT VON KURT EISNER IN ERLANGEN

Ein erster Schritt zur Gestaltung des Kurt-Eisner-Platzes ist getan: Seit einigen Tagen findet sich an der angrenzenden Parkhausfassade ein großes Street-Art-Porträt des ersten Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern, eben Kurt Eisner.

„Uns ist das Gedenken an Kurt Eisner und die würdige Gestaltung des Platzes ein wichtiges Anliegen“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Dees: „Eine große Umgestaltung des Platzes wird aber noch einige Zeit dauern, weil unter anderem die Funktion als Evakuierungsfläche für das Rathaus eine sehr genaue Planung notwendig macht. Deshalb sind wir sehr froh, dass auf unsere Idee hin jetzt ein großes Porträt deutlich macht, wem der Platz gewidmet ist.“

Kurt Eisner war 1918 einer der Anführer*innen der friedlichen Revolution in München, rief am 8. Februar 1918 den Freistaat Bayern aus und wurde dessen erster Ministerpräsident.

Geboren 1867 in Berlin war Eisner als Journalist und Publizist für verschiedene, vor allem sozialdemokratische Zeitungen tätig und kam in diesem Zusammenhang zunächst nach Nürnberg und später nach München.

Unterstützte er zu Kriegsbeginn noch den Kriegskurs Deutschlands und damit auch die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten, wurde er

Das fertige Kunstwerk am Kurt-Eisner-Platz

schnell zum Kriegsgegner und überzeugten Pazifisten. Als sich die SPD über der Kriegsfrage spaltete, wurde Eisner 1917 Mitglied der USPD und einer von deren führenden Köpfen in München. Als solcher führte Eisner die Demonstrationen an, die am Abend des 7. November 1918 zur Flucht des bayerischen Königs aus München führten und in der folgenden Nacht zur Ausrufung der Republik in Form des „Freistaats“. Es war auch Eisner, der dafür sorgte, dass die Revolution zunächst friedlich blieb – „jedes Menschenleben soll heilig sein“ rief er am 7. November den Demonstrant*innen zu.

Als Ministerpräsident einer Regierung aus USPD und SPD gestaltete Eisner den Übergang Bayerns zur Demokratie, führte unter anderem den Acht-Stunden-Tag und das Frauenwahlrecht ein, musste aber auch zwischen dem zunehmenden Druck radikalerer Revolutionär*innen aus der USPD und später der KPD und den Vertreter*innen einer parlamentarischen Demokratie, darunter die Mehrheits-SPD, lavieren.

Im Januar 1919 verlor Eisners USPD die erste demokratische Landtagswahl in Bayern verheerend. Zur Konstituierung des Landtags am 21. Februar 1919 wollte Eisner das Ministerpräsidentenamt demokratisch übergeben, wurde auf dem Weg zum Landtag aber von einem völkischen Nationalisten, auch aus antisemitischen Motiven – Eisner war Jude – ermordet. Der Mord führte zur weiteren Radikalisierung der revolutionären Bewegung in München, die in der Münchner Räterepublik und deren blutiger Niederschlagung durch Freikorps gipfelte. Der Kampf völkischer Gruppen gegen die Revolution wiederum war eine Basis dafür, dass der Aufstieg der Nationalsozialisten wesentlich von München ausging.

Eisner selbst wurde im zunehmend konservativ-nationalistischen und auch völkischen Bayern verfemt und seine historische Leistung weitgehend ignoriert. Bis in die 1970er Jahre gab es kaum Gedenken an ihn, selbst dann wurden noch die ersten Denkmäler und Straßenbenennungen von Konservativen in Frage gestellt. Noch 2019 schaffte es der bayerische Ministerpräsident, in seiner Rede zu 100 Jahren Freistaat den Namen Kurt Eisner kein einziges Mal zu erwähnen.

In Erlangen wurde insbesondere auch auf Initiative der Gewerkschaften anlässlich des 100. Jubiläum des Freistaats Bayern der Platz hinter dem Rathaus nach Kurt Eisner benannt.

JUSOS: DIE BEDEUTUNG DER NÜRNBERGER PROZESSE HEUTE

mit Prof. Dr. Christoph Safferling zu Gast bei den Jusos am 22.11.

Anlässlich des sich jährenden Beginns des Nürnberger Hauptkriegsverbrechertribunals vom 20.11.1945 planen wir am 22.11. eine Sitzung mit Prof. Dr. Christoph Safferling, in der es um die Nürnberger Prozesse und ihre Einbindung in das weite Feld des Themas Antifaschismus gehen wird. Prof. Dr. Safferling hat den Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Internationales Strafrecht und Völkerrecht an der FAU inne und gilt als Experte auf dem Gebiet der Aufarbeitung des NS-Unrechts. Die Besucher:innen erwartet dementsprechend ein anschaulicher & informativer Abend, an dem wir uns, wie immer, über regen Besuch freuen.“

>> Fortsetzung von Seite 3

Aber nochmals: Wir sind entschlossen, all das zur Bekämpfung des Klimanotstands und zur Umsetzung des Maßnahmenkatalogs zu tun, was wir im Rahmen unserer Möglichkeiten tun können. Wir sind festentschlossen, für die Maßnahmen, die wir aufgrund der Rahmenbedingungen zunächst nicht umsetzen können, Wege zu finden, die damit verbundenen Ziele doch zu erreichen. Und wir werden alle Möglichkeiten nutzen, die wir haben, um bei Land und Bund zu erreichen, dass diese ebenso entschlossen gegen den Klimawandel handeln und unsere Handlungsmöglichkeiten erweitern. Denn den Klimanotstand nicht zu bekämpfen, kommt nicht in Frage!

Weitere Informationen zum Maßnahmenkatalog Klimaaufbruch, zu dessen Erarbeitung und Umsetzung gibt es hier:
erlangen.de/klima-aufbruch

RÜCKBLICK AUF SEPTEMBER:

KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG ZUR EUROPÄISCHEN ASYLPOLITIK

VON: SOPHIÉ EIDT, JOHANNA PFISTER, SOPHIA WALDMANN

Die Entwicklung der Europäischen Asylpolitik in den letzten Jahren und ihre Zukunft - das war das Thema der von den Jusos gestalteten Kreismitgliederversammlung im September.

Seit 2015 wurde keine Lösung für die Versorgung von Geflüchteten innerhalb und an den Grenzen der EU gefunden. Die Asylpolitik der EU ist stattdessen geprägt von einer Stärkung des Grenzschutzes in Form von Frontex und von der Strategie der Externalisierung. Das bedeutet, dass Migrationspolitik und Grenzschutz auf Nicht-EU-Territorium und externe Akteure verschoben werden, um sich selbst nicht die Hände schmutzig machen zu müssen. Dabei geht es vor allem um die Verhinderung von Migration und nicht um Menschenrechte. Nichts davon entspricht unseren Vorstellungen einer menschenwürdigen Migrationspolitik. Die EU muss auch an ihren Außengrenzen Menschenrechte einhalten (Pushbacks verhindern!) und humanitäre Hilfe für Flüchtende organisieren, anstatt sie über Jahre ohne Perspektive in Lager zu sperren oder einfach sich selbst zu überlassen. Dafür braucht es nicht zuletzt eine faire und funktionierende Verteilung der Zuständigkeiten für Asylverfahren zwischen den Mitgliedsstaaten, und legale Flucht- und Migrationswege.

Das Asyl-Kapitel des Koalitionsvertrags 2021-25 verspricht hier viel: ein staatlich koordinierte Europäische Seenotrettungsmission, stärkere parlamentarische und rechtsstaatliche Kontrolle von Frontex, digitale vergebene humanitäre Visa für gefährdete Personen, die Verbesserung der Standards für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten und das Vorangehen mit einer Koalition der aufnahmebereiten Mitgliedstaaten. Im krassen Kontrast dazu steht der 2020 eingebrachte Vorschlag der EU-Kommission, über den die jetzt SPD-geführte Bundesregierung mitentscheiden muss. Es ist klar, dass die jetzige Regierung auf den Vorschlag selbst wenig Einfluss hat, und die Erlangung eines EU-weiten Kompromisses von den (teils besorgniserregenden) politischen Realitäten in den Mitgliedsstaaten abhängen. Trotzdem enthält der Vorschlag Punkte, die mit Rechtsstaatlichkeit und unseren oben formulierten Ansprüchen überhaupt nicht vereinbar sind. Das Recht auf Asyl wird durch die geplanten Screening- und Asylgrenzverfahren und die Fiktion der Nicht-Einreise ausgehöhlt. Beides wurde in der Diskussion auch von Alexandra Hiersemann kritisiert: Rechtliche Entscheidungen, gegen die man sich nicht mit Rechtsmitteln wehren kann, widersprechen klar dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Das gleiche gilt für Asylschnellverfahren, in denen die Betroffenen keinen Zugang zu rechtlicher Beratung erhalten. Unklar ist dagegen, ob sich durch den Verteilungsmechanismus und die neuen Verfahren irgendetwas an der Situation an den EU-Außengrenzen zum Guten ändert. Denn das Prinzip der Ersteinreise bleibt erhalten, und die Fiktion der Nicht-Einreise erfordert freiheitsentziehende Maßnahmen – das bedeutet weiterhin den Aufenthalt vieler Geflüchteter in haftähn-

lichen Bedingungen, während ihre Asylverfahren scheinbar vor allem durch das Aufweichen rechtsstaatlicher Prinzipien beschleunigt werden sollen. Wenn wir unseren eigenen Ansprüchen und den Zielsetzungen des Koalitionsvertrags gerecht werden wollen, kann die SPD als Regierungspartei diese Vorschläge der EU-Kommission nicht unterstützen.
Als kommunale Akteur*innen waren Dieter Rosner und Elizabeth Nicholson (Vertreterin des AIB) zur Diskussion eingeladen. Eine wilde Mischung politischer Zuständigkeiten, nachdem der Vortrag sich ja vor allem den politischen Vorhaben auf europäischer Ebene gewidmet hatte. Aber der Grund ist einfach: Als Kommune schafft Erlangen die gesellschaftlichen Bedingungen, die für einen Wandel der Asylgesetzgebung notwendig sind. Erlangen ist ein Sicherer Hafen. Das heißt, die Stadt erklärt sich bereit, mehr Geflüchtete aufzunehmen, als sie nach dem Königsteiner Schlüssel müsste. Dafür werden Kapazitäten aufgebaut und versucht, so viele Angebote wie möglich zu schaffen. Wofür wir uns in Erlangen noch stärker einsetzen müssen, sind die finanzielle Unterstützung von Organisationen und Kommunen, die Hilfe an den europäischen Außengrenzen leisten. Zu zeigen, dass das alles gewollt ist und funktionieren kann, bringt manchmal vielleicht mehr als hitzige und polarisierte Diskussionen. Die Sicheren Häfen erklären aber auch, sich auf allen politischen Ebenen für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einzusetzen. Die aktuelle Situation in der EU zeigt, dass das weiterhin bitter nötig ist. Diesen politischen Druck und das Einfordern einer menschlichen Asylpolitik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene – das müssen wir genauso ernst nehmen wie die unmittelbaren Aufgaben der Versorgung von Asylsuchenden, wenn sich an der Menschenfeindlichkeit der Festung Europa nochmal etwas ändern soll!
Anmerkung: Wer die Power-Point-Präsentation aus der KMV haben möchte, kann sich gerne per Mail bei Sophia Waldmann (sophia-waldmann@outlook.de) wenden.

REDAKTIONSSCHLUSS

für den nächsten
Monatsspiegel
Dez. 2022/Jan. 2023
16. November 2022

Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag[1].

Jetzt neu – exklusiv nur bei Ihrer Sparkasse:
Die Sparkassen-Card DMC (Debit Mastercard)
Genießen Sie alle Funktionen der Sparkassen-Card kombiniert mit Online-Bezahlfunktion und weltweiter Bargeldauszahlung.

[1] Kostenlos für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag. Stand 02/2022

sparkasse-erlangen.de/giro

DIE NATO UND RUSSLAND:

HISTORIE & BEWERTUNG

VON: MARTIN PROKOPEK

Mittlerweile ist es schon einige Monate her, dass auf dem Gebiet der Ukraine ein Krieg tobt, der weit über die Annexion der Krim durch Russland hinausgeht. Spätestens seit Februar hat daher auch die:der Letzte angefangen, sich für das Verhältnis zwischen dem westlichen Verteidigungsbündnis NATO und der Russischen Föderation zu interessieren.
Ich bin da keine Ausnahme und wollte mir einen Überblick über die Geschichte dieser komplexen Beziehung verschaffen. Dabei herausgekommen ist ein Vortrag namens: „Die NATO und Russland: Entwicklung der NATO in Europa und Bewertung des russischen Vorgehens in der Ukraine", den ich Ende Mai im Rahmen einer Juso-Sitzung präsentiert habe. Nachdem wir uns bei den Jusos zuvor darauf geeinigt hatten, Vorträge nach Möglichkeit auch in den Monatsspiegel zu überführen und ich nun nach meinem schriftlichen Staatsexamen etwas Zeit habe (Klopf auf Holz, dass das Ergebnis passt) möchte ich den Beitrag in gekürzter Fassung nun nachreichen.

Was den Beitrag auch mehrere Monate nach dem Vortrag noch lesenswert macht, ist sein Fokus auf drei Aspekte, die nicht von den Geschehnissen abhängig sind, die nach dem russischen Angriff auf die Ukraine stattgefunden haben, jedoch zum Verständnis der aktuellen Situation beitragen. So geht es im ersten Abschnitt schlicht und ergreifend um die NATO und ihre geschichtliche Entwicklung in Europa. Hierbei spielt die Beziehung zu Russland denknotwendigerweise eine große Rolle. In einem kurzen zweiten Abschnitt bewerte ich politisch das Bedrohungspotential für Russland, um zum Schluss im dritten Abschnitt sowohl rechtlich als auch politisch eine Antwort auf die Frage zu suchen, ob sich der russische Angriff auf die Ukraine irgendwie rechtfertigen lässt.

1. DIE NATO IN EUROPA: KLARSTELLUNG & HISTORIE

Die „North Atlantic Treaty Organisation" oder „Organisation du Traité de l'Atlantique Nord" wurde von 12 Staaten am 04.04.1949 auf Basis einer wachsenden Bedrohung von russischer Seite gegründet. Die anschließende Erweiterung der NATO lässt sich in vier Etappen aufteilen: 1952-1982 erweiterte sich die NATO in Richtung Westen um vier Staaten. 1999 folgte die erste Osterweiterung mit drei Staaten, woraufhin sich 2004 im Rahmen ihrer Aufnahme in die EU 7 weitere Ost-Staaten der NATO anschlossen. Zuletzt kam es noch zu einer Westbalkanerweiterung 2009, 2017 und 2020, bei der insgesamt 4 Staaten der NATO beitraten.

Der ersten Osterweiterung lag die sog. NATO-Russland-Grundakte von 1997 zugrunde. Hierin einigten sich die NATO und die Russische Föderation auf eine Erweiterung der NATO unter der Bedingung, dass die NATO von einer militärischen zu einer grundsätzlich politischen Organisation umgestaltet werden sollte. Dies beinhaltete mancherlei Vorgaben, etwa den beiderseitigen Verzicht auf Gewalt, auch gegen andere Staaten oder die staatliche Souveränität eines jeden Staates inkl. des Rechts, die Mittel zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit selbst zu wählen (mit Blick auf die Ukraine spannende Punkte). Die Umsetzung der NATO-Russland-Grundakte sollte zudem ab 2002 vom NATO-Russland-Rat überwacht werden, welcher auch als direkter Draht zwischen den USA und Russland fungieren sollte. Insgesamt sprachen einige politische Beobachter der Zeit sogar schon von einer „de facto"-Mitgliedschaft Russlands in der NATO, was demonstriert, wie zugewandt Russland und die NATO miteinander agierten.

DIE KONTROVERSE UM „DAS VERSPRECHEN"

Bezogen auf die weiteren Erweiterungen taucht wiederum immer wieder der Vorwurf auf, der Westen hätte im Rahmen der Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung versprochen, die NATO nicht weiter nach Osten auszudehnen. 2016 hat hierzu der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages im Rahmen eines Gutachtens Bezug genommen, worauf sich die weiteren Ausführungen stützen. Festzuhalten ist dabei zunächst, dass sowohl auf Seiten des Westens als auch auf russischer Seite verschiedene Auffassungen hierzu existieren, wobei anzuerkennen ist, dass einige Aussagen Erwartungen geweckt haben. So sagte etwa der damalige amerikanische Außenminister, die „militärische Präsenz der NATO in östlicher Richtung [wird] um keinen einzigen Zoll ausgedehnt". Ähnliche Aussagen existieren auch etwa von Kohl, Genscher oder dem NATO-Generalsekretär Manfred Wörner.

Eine Ursache für die dennoch unterschiedlichen Auffassungen ist, dass im Rahmen von Statements von westlicher Seite nie genau definiert worden ist, was eine Nichtausdehnung nach Osten genau umfasst. So seltsam das erst einmal klingen mag, so nachvollziehbar wird dieser Punkt, wenn man bedenkt, dass jede der Aussagen vor dem Hintergrund des Bestehens der Sowjetunion getätigt worden ist. Keiner der damals am Verhandlungstisch Beteiligten

konnte zum damaligen Zeitpunkt antizipieren, dass wenige Jahre später die UdSSR zerfallen würde. Eine Ausweitung der NATO nach Osten jenseits der DDR war für beide Seiten damals jenseits jedweder Imagination. Das zeigt sich u.a. darin, dass der als Ergebnis der Verhandlungen geschlossene 2+4 Vertrag lediglich Regelungen in Bezug auf das vereinte Deutschland enthielt. Hätte die UdSSR damals die westlichen Aussagen so verstanden, wie es von russischer Seite heute vorgetragen wird, hätte man damals etwas so elementar Wichtiges wie einen Ausschluss einer Osterweiterung in den 2+4 Vertrag mit hineinverhandelt.

Diese Sichtweise auf den 2+4 Vertrag wird durch das Völkerrecht gestützt. Zwar können auch außerhalb des Vertragswortlautes Übereinkünfte zur Auslegung des Vertrages herangezogen werden. Um hieran gebunden zu sein, hätten jedoch alle Vertragsparteien an einer solchen Übereinkunft beteiligt sein müssen. Mündlich getroffene Vereinbarungen zwischen der UdSSR und allen NATO-Staaten existieren jedoch nicht und bilaterale Absprachen entfalten keine Bindungswirkung gegenüber dritten Staaten. Hinzu kommt, dass vorvertraglichen Parteiäußerungen grundsätzlich keine Bindungswirkung beigemessen wird, nachdem diese oft nur Verhandlungsmasse darstellen und sich so im finalen Vertrag in der Regel nicht wiederfinden. Dies ist auch im vorliegenden Fall so gewesen, nachdem die getätigten Äußerungen bereits im Fortgang der Verhandlungen zum 2+4 Vertrag nicht aufrechterhalten worden sind sowie auch nach der Wiedervereinigung nicht von westlicher Seite wiederholt wurden.

Festzuhalten ist somit: Gewisse Äußerungen haben das Potential, als Bereitschaft der NATO auf einen Verzicht der Osterweiterung gelesen zu werden. Eine bindende Wirkung entfalten diese Aussagen jedoch nicht, was der sowjetischen Staatsführung klar gewesen sein muss oder zumindest hätte klar sein müssen. Das Einzige, was man Russland insgesamt zubilligte, war eine Berücksichtigung Russlands bei einer Osterweiterung, was insofern erfolgte, als dass man Russland stets zur Zusammenarbeit einlud und verschiedene Kooperationsformate pflegte.

2. STELLT DIE NATO EINE SICHERHEITSBEDROHUNG FÜR RUSSLAND DAR?

Kern der NATO ist die mit ihr einhergehende Beistandspflicht, wonach ein Angriff gegen einen Mitgliedsstaat einem Angriff gegen alle gleichkommt. Spannend zu wissen ist dabei, dass es der Verantwortung jedes einzelnen Staates obliegt zu entscheiden, welche Gegenmaßnahmen angemessen sind. Dementsprechend folgt aus dem Nordatlantikvertrag keine Verpflichtung zur zwingenden Eingehung eines Militäreinsatzes. Nichtsdestotrotz geht allein hieraus zweifellos ein hohes Gefahrenpotential für Russland einher.
Darüber hinaus gibt es regelmäßige Militärmanöver in Osteuropa. Auch errichtete man 2016 Raketenabwehrsysteme in Polen & Rumänien, die mit entsprechenden Raketen auch offensiv gegen Russland eingesetzt werden können. Zwar führen die USA an, dass a) solche Munition nicht verwendet werde und b) die Systeme dem Schutz vor iranischen Angriffen bieten solle. Insgesamt mindert dies jedoch nicht den Eindruck, man wolle sich die Möglichkeit offenhalten, Russland ins Fadenkreuz zu nehmen. Dementsprechend ist eine reelle Bedrohung Russlands mit Blick auf einen möglichen Konflikt mit einem NATO-Staat zu bejahen.

3. IST DER ANGRIFF AUF DIE UKRAINE RECHTFERTIGBAR?

Rein rechtlich ist die Frage schnell beantwortet: Ein Angriff auf die Ukraine verletzt das in Art. 2 IV UN-Charta niedergelegt Gewaltverbot. Der behauptete Genozid an eigenen Staatsangehörigen würde einzig das Ausfliegen Betroffener rechtfertigen, nicht einen Einmarsch. Auch das Vorliegen eines „Nazi-Regimes“ ist kein vom Völkerrecht anerkannter Rechtfertigungsgrund, ein präventives Handeln gegen besagtes Bedrohungspotential der NATO mangels unmittelbar bevorstehenden Angriffs gleich gar nicht.

Politisch ließe sich argumentieren, dass russische Bedenken hinsichtlich der Osterweiterung nach der ersten solchen kontinuierlich ignoriert worden sind. Allein schon der Umstand, dass sich die NATO als Kind des Kalten Krieges nach Auflösung des Warschauer Paktes nicht ebenso aufgelöst hat, wirft auch für mich Fragen auf. Zudem sind die regelmäßigen Übungen in Osteuropa sowie die auch offensiv einsetzbare Raketenabwehr absolut geeignet, eine Bedrohung für Russland darzustellen und Druck aufzubauen.
Gegen die genannten Punkte sprächen etwa, dass die NATO als Defensivbündnis erst einer Aggression von außen bedarf, um zu einer Bedrohung zu werden oder dass die Osterweiterungen eine etwas fadenscheinige Grundlage für die aktuelle russische Aggression darstellen, wenn man bedenkt, dass die letzten großen Erweiterungen in den Nullerjahren stattgefunden haben.

Letzten Endes ist so eine politische Diskussion hier im Grunde irrelevant. Alle genannten politischen Punkte sind maximal eine Begründung für eine geopolitische Schieflage. Keiner der Kritikpunkte rechtfertig auch nur ansatzweise den Angriff auf einen souveränen Staat wie die Ukraine, mag sie auch einen russlandkritischen Kurs verfolgen. Das eigene Staatsgebiet militärisch zu erweitern, ist eine Art, Politik zu betreiben, die wir eigentlich hofften, nicht mehr in Europa beobachten zu müssen. Dass Putin es trotzdem gewagt hat, dieses Tabu zu brechen, ist einfach nur schräg und kann niemals gerechtfertigt werden.

DIE WELT AM SEIDENEN FADEN - GEDANKEN ZU FRIEDENSFÖRDERNDER KLARSICHT

VON MONIKA FATH-KELLING

2002 ist er in den Bundestag eingerückt, seit 2019 führt Rolf Mützenich die Bundestagsfraktion der SPD. Hoffentlich noch lange.
Es wäre ein nicht wieder gutzumachender Schaden für unsere Partei, wenn der letzte vorsichtige Vertreter einer einst allgemein bewunderten und für gut befundenen Friedenspolitik als Fraktionsführer ausgewechselt würde, gegen einen Scharfmacher und vom Krieg als Mittel der Politik Überzeugten, wie Michael Roth beispielsweise. Willy Brandt erhielt immerhin 1971 für diese Politik den Friedensnobelpreis, damals gratulierte Bundestagspräsident von Hassel: „Herr Bundeskanzler, diese Auszeichnung ehrt Ihr aufrichtiges Bemühen um den Frieden in der Welt und um die Verständigung zwischen den Völkern. Der ganze Deutsche Bundestag gratuliert ohne Unterschied der politischen Standorte Ihnen zu dieser hohen Ehrung". Rolf Mützenich ist einer der wenigen verbliebenen Stimmen in unserer Partei, die sich noch einer Friedenspolitik mit diplomatischen Mitteln, nicht einer Kriegspolitik mit robustem Mandat verpflichtet fühlen.
Wäre es nicht interessant, die Meinung zu diesen Fragen an der Parteibasis einmal anonym abzufragen? Dort scheinen mir die Stimmen, die für militärische Zurückhaltung plädieren in der Mehrheit zu sein, gegenüber denen, die die Ukraine durch immer massivere Unterstützung mit Kriegsgerät, Ausbildung und Logistik in einem Zermürbungskrieg über viele Jahre komplett ausbluten. Die NATO-Militärs planen jedenfalls bereits das kommende Jahrzehnt.

Rolf Mützenich mahnt in seinem lesenswerten Beitrag "Das Ende des nuklearen Tabus" (veröffentlicht im IPG-Newsletter der Friedrich Ebert Stiftung) Präsident Putins Äußerungen zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen sehr ernst zu nehmen. Nachdem sich die nuklearen Träume (von einer nuklearen Artillerie) von FJ Strauß aus den 70ern immer mehr in den aktuellen Strategien der Militärs konkretisieren, neudeutsch: "Vermischung von nuklearen und konventionellen Abschreckungssystemen", rückt eine Reduktion dieser horriblen Waffen in sehr weite Ferne. Zudem soll die Befehlsgewalt über diese nuklearen Gefechtsfeldwaffen wieder allein beim Militär liegen, ohne den Präsidentenvorbehalt, also ohne die Freigabe mittels des "Atomkoffers". Das letzte russisch-amerikanische Abrüstungsabkommen läuft 2026 aus, eine Verlängerung ist unwahrscheinlich. Im SIPRI-Jahresbericht (Stockholm International Peace Research Institute) wird in den nächsten Jahren mit einem wachsenden Bestand nuklearer Waffen gerechnet, ein Zusammenbruch der internationalen Rüstungskontrollarchitektur steht im Raum wie ein Tyrannosaurus rex.

Leider lässt sich auch Rolf Mützenich vom pseudorealen "Zeitgeist" überwältigen und erklärt die Waffenlieferungen an die Ukraine für unabdingbar, wenn er die zutiefst fragwürdige und unbedingt seriös zu hinterfragende Binse nachplappert: "Ob wir in einer Welt leben wollen, in der das Recht des Stärkeren oder die Stärke des Rechts gilt". Als ob das Recht nicht immer genau von den (Finanz)-Starken weitestgehend zum Wohle der eigenen Börse eingesetzt würde.
Diese propagandistische Blendgranate wurde schon genau vor 100 Jahren von Wissenschaftlern und Publizisten auseinandergenommen: Zum Beispiel von Walter Lippmann (1889-1974), ein amerikanischer Journalist und einer der bekanntesten politischen Publizisten. (Von ihm wird behauptet, er hätte den Begriff "Kalter Krieg" geprägt und in den allgemeinen Sprachgebrauch gebracht). Er war ein unermüdlicher Verfechter der Neutralisierung Deutschlands und er entwickelte schon damals das Konzept der "gelenkten Demokratie", was er damit begründete, dass die "Durchschnittsbürger in einer Demokratie damit überfordert sind, komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge zu durchschauen". Daher müsste "die Masse mit Hilfe manipulativer Techniken gesteuert" werden. Eines seiner Hauptwerke, "Public Opinion" von 1922, ist aktueller denn je, weitere Werke zu Staatsführung, Wirtschaft oder Sicherheitskonzepten lesen sich wie brandneu!

Zurück zu Rolf Mützenich, er meint es gehe im Ukrainekonflikt "um die Zukunft einer internationalen, regelbasierten, multilateralen Ordnung, für die auch die Sozialdemokratie stets kämpfte". Er bemerkt jedoch nicht, oder will nicht bemerken, (denn das genau fordert das angesagte offizielle Narrativ), dass in der Realität der Hegemon der westlichen Welt ausgesprochen unilateral unterwegs ist und auf die bereits bestehenden internationalen Regeln der Multilateralität -auf gut Deutsch- pfeift. Und das nicht erst seit gestern! Ich erspare meinen Leser*innen an dieser Stelle weitschweifigere Zitate aus Veröffentlichungen des Congressional Research Center, (ähnlich dem Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags, seit 2018 veröffentlicht das CRC auf Grund des "Consolidated Appropriation Act" bislang als vertraulich eingestufte Berichte, eine ergiebige Quelle für Interessierte), ich möchte nur ein Einzelnes teilen: "Zwischen 1991 und 2002 haben die USA mindestens 251 militärische Operationen durchgeführt."

Das entspricht einem Jahresdurchschnitt von 8 Operationen, CIA-Operationen und Putschversuche nicht mitgezählt. Die allermeisten ohne formelle Kriegserklärung.
Nicht das Abhören unserer Kanzlerin samt anderer Regierungsmitglieder, vermutlich nicht einmal ein militärischer Angriff auf Anlagen der europäisch/deutschen Energieversorgung (nicht einmal das Parlament darf die näheren Umstände zu den Anschlägen auf Nordstream 2 erfragen; die Antwort wäre unter Umständen "staatsgefährdend", deshalb wird sie ohne weiteren Kommentar verweigert) lässt uns wanken oder schwanken in unserem tiefen Glauben, dass US-Interessen und westliche Werte das Gleiche meinen.

Noch gibt es Spuren von Hoffnung: Kürzlich deutete Präsident Biden nach seinen düsteren Warnungen vor dem ins Haus stehenden Armageddon gleichzeitig "neue diplomatische Initiativen" gegenüber Präsident Putin an: "Man versuche herauszufinden, was sein (Putins) Ausweg ist"
Die US-Regierung scheint also wieder bereit zu sein, "eigene Verhandlungsoptionen zur Beendigung des Krieges auszuloten".
Schon aus purem Selbsterhaltungstrieb müssen Deutschland und Europa Präsident Biden, -beziehungsweise seine Verantwortlichen in Washington- in diesen neuen diplomatischen Initiativen aktiv bestärken. Mit allem, was dabei in die Waagschale geworfen werden kann. Wie drückt es Rolf Mützenich doch sehr klar aus: "Es ist die Aufgabe auch deutscher und europäischer Diplomatie, alles dafür zu tun, damit das Denken in Macht- und Einflusszonen nicht unumkehrbar wird. Eine weitsichtige und umfassende Außenpolitik bleibt auch heute unerlässlich".
Die forcierte Lieferung angriffstauglicher Waffensysteme an die Ukraine und beschleunigte Zahlungen von Milliardenbeträgen, damit die Ukraine pünktlich ihre Leasingraten für das amerikanische Kriegsgerät bezahlen können (Weltwoche.ch, Das Geschäft mit dem Krieg: US-Regierung fordert von der EU raschere Zahlungen an Kiew, damit die Ukraine US-Waffen bezahlen kann), sollten defnitiv nicht zu einer weitsichtigen Außenpolitik gehören.
Es müsste Europa als zweiter Säule der westlichen Welt und damit insbesondere Deutschland daran gelegen sein, aus der Rolle des loyalen "Mitläufertums" wieder zu einer eigenständigen außenpolitischen Sichtweise und einem partnerschaftlichem Umgang mit den USA zu finden.
Zugegeben, das gleicht der Quadratur des Kreises, denn die außen- und geopolitischen Vorstellungen der USA und Europas weisen kaum noch reale Überschneidungen auf, die über ideologische Absichtserklärungen und moralische Belehrungen hinausreichen. Momentan verhält sich Europa eher wie ein co-abhänger Partner eines Suchtkranken, nicht wie ein Freund oder Partner. Oder sind Europäische Länder, vielleicht sogar Europa als Ganzes selbst so tief in Lend-Lease-Programme mit den USA verstrickt, dass sie gar nicht mehr "mucken" dürfen/können??

Merke: Gerade die europäische Sicherheit hängt eben NICHT vom "Hurra" für Amerikas radikalen Militarismus ab. Die globale und damit auch die europäische Sicherheit hängt in Wirklichkeit davon ab, wie und ob es Europa beziehungsweise der ganzen Weltgemeinschaft gelingen kann, die (aus dem Ruder gelaufene) Militärmaschine USA von ihrem Wahn eines unilateralen Exceptionalismus abzubringen: Fürwahr so gut wie die "Quadratur des Kreises".

Aufgeben sollte das die internationale Gemeinschaft jedoch nicht.

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September 2022

FÜR DEN FRIEDEN!

Gegen einen neuen Rüstungswettlauf! Die Waffen müssen endlich schweigen!

„Nie wieder Krieg!“ – das ist und bleibt die Grundüberzeugung des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschheit und die Menschlichkeit. Aus dieser Überzeugung unterstützen wir die Friedensbewegung mit unserer gewerkschaftlichen Kraft.

Mit dem verbrecherischen Überfall der russischen Armee auf die Ukraine ist der Krieg zurück in Europa. Im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und anderswo wüten weiterhin, teilweise seit Jahrzehnten, Kriege und Bürgerkriege. Tod, Zerstörung und Flucht – so lautet ihre fürchterliche Bilanz. Die Waffen müssen endlich schweigen – überall auf der Welt!

Russlands autokratisches Regime verfolgt eine brutale Politik der militärischen Konfrontation und Eskalation. Sein verbrecherischer Krieg zielt auf die Vernichtung der Ukraine ab. Selbst den Einsatz nuklearer Waffen schließt die russische Führung nicht aus. Die europäische und internationale Friedens- und Sicherheitsordnung liegt in Trümmern. Diese tiefe Zäsur zwingt uns, neue Antworten zu finden.

Die deutsche Bundesregierung hat darauf mit einer Reihe von Maßnahmen reagiert, um die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit unseres Landes im Rahmen der NATO und der EU zu stärken. In den letzten Monaten haben Themen, wie das Sondervermögen für die bessere Ausrüstung der Bundeswehr oder die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine, die öffentliche und politische Auseinandersetzung geprägt. Diese breite und offene Debatte ist notwendig. Sie hat sich aber immer stärker auf den Einsatz militärischer Mittel der Friedenssicherung verengt.

Mit unseren Aktionen und Kundgebungen am diesjährigen Antikriegstag warnen wir vor einer weiteren Militarisierung der Debatte. Der Ukraine-Krieg darf uns nicht zu dem Irrglauben verleiten, Frieden ließe sich mit Waffen schaffen. Hinzu kommt, dass jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, an anderer Stelle zu fehlen droht. Die Finanzierung militärischer Friedenssicherung darf weder auf Kosten der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates gehen und die soziale Ungleichheit in unserem Lande verschärfen. Noch darf sie dazu führen, dass die dringenden Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation ausbleiben. Deshalb wollen wir ein Zeichen setzen:

- für eine europäische und internationale Friedensordnung, die auf den Menschenrechten und den Prinzipien der Freiheit, der Selbstbestimmung und der sozialen Gerechtigkeit beruht. Die Bundesregierung fordern wir auf, ihren im Koalitionsvertrag formulierten Anspruch einer wertebasierten deutschen Außenpolitik konsequent umzusetzen.

- für eine kooperativ ausgerichtete Sicherheitspolitik, die weit über militärische Friedenssicherung hinausgeht. Auch der nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung muss ein breites Sicherheitsverständnis zugrunde liegen, das zentrale Aspekte, wie die Bewältigung der Folgen des Klimawandels, die Bekämpfung von Pandemien, die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung und den Aufbau widerstandsfähiger internationaler Liefer- und Wertschöpfungsketten, umfasst. Gleichzeitig fordern wir, zivile Instrumente der Diplomatie, der Entwicklungszusammenarbeit und einer fairen Handelspolitik, der humanitären Hilfe und der Konfliktprävention, im Rahmen der neuen Strategie deutlich aufzuwerten.

- gegen einen neuen weltweiten Rüstungswettlauf. Gerade der Ukraine-Krieg zeigt, wie wichtig es ist, am Ziel einer weltweit kontrollierten Abrüstung festzuhalten. Die Festlegung der Bundesregierung, den deutschen Rüstungshaushalt dauerhaft auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO oder darüber hinaus aufzustocken, lehnen wir auch deshalb entschieden ab. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, mit dem angekündigten Rüstungsexportkontrollgesetz umgehend für eine deutliche Beschränkung von Waffenexporten zu sorgen.

- für eine weltweite Ächtung von Atomwaffen. Alle Nuklearmächte modernisieren derzeit ihre Atomwaffenarsenale. Dieser Wahnsinn muss beendet werden! Dabei sehen wir auch die Bundesregierung in der Pflicht: Wir fordern sie auf, an dem im Koalitionsvertrag formulierten Ziel eines atomwaffenfreien Deutschlands festzuhalten, aus der nuklearen Teilhabe auszusteigen und die Lagerung von Atomwaffen in unserem Land zu beenden. Das bedeutet für uns auch, dass Deutschland dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten muss.

Verantwortlich: DGB-Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Konrad Klingenburg, Abt. Vorsitzender / Thomas Fischer, Abt. Grundsatzangelegenheiten

FRIEDENSBLÄTTER

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

Seite des Friedensnetzes und Fördervereins Frieden e.V. Baden-Württemberg
Kontakt:
Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart
0711 / 91461748 - buero@friedensnetz.de

Wie wir in Stuttgart über EUCOM und ECCU in den Ukraine-Krieg hineingezogen werden

Vom US-EUCOM (United States European Command) in Stuttgart-Vaihingen aus werden die in ganz Europa an ca. 500 Standorten stationierten US-Truppen mit über 110.000 SoldatInnen befehligt.

Das mögliche Einsatzgebiet schließt Russland sowie Teile des Nahen Ostens ein. Damit liegt in Stuttgart auch die Befehlsgewalt über die in Europa gegen Russland gerichteten US-Atomwaffen.

Der Oberkommandierende des US-EUCOM ist jeweils zugleich Oberbefehlshaber sämtlicher NATO-Streitkräfte in ganz Europa. Stuttgart beherbergt obendrein das US-AFRICOM in Möhringen, die logistische Zentrale für die US-Geheimdienst- und Spezialeinsätze in Afrika und bis in den Nahen und Mittleren Osten hinein, insbesondere für ihren verdeckten Drohnen-Krieg.

EUCOM Kontrollzentrum Ukraine (ECCU)

Bereits wenige Tage nach der russischen Invasion in der Ukraine am 24.2.2022 wurde im US-EUCOM eine rund um die Uhr besetzte Einsatzzentrale ECCU (Eucom Control Center Ukraine) mit einem Stab von 40-60 Personen installiert.

Laut dem US-Verteidigungsministerium wird von dort aus unter Beteiligung von 15 Staaten die rasche Bereitstellung von militärischer Unterstützung aller Art an die Frontlinien in der Ukraine koordiniert.

Das beinhaltet insbesondere den Transport von Waffen und den Einsatz der gesamten US-Militärhilfe. Zum Stab des ECCU gehören auch bis zu fünf ukrainische Militärs.

Die weitere Lieferung von Waffen an die Ukraine wird den Konflikt nur weiter anheizen, mit Tausenden insbesondere zivilen Opfern. Damit wird direkt vor unserer Haustüre der Ukraine-Krieg weiter eskaliert.

„Flexibler nuklearer Erstschlag“

Welche strategischen Ziele der ehemalige US- EUCOM-Commander und NATO-Oberbefehlshaber General Tod Wolters (Nachfolger General Christopher G. Cavoli) vertritt, bekannte er vor dem Verteidigungsausschuss des US-Senats im Februar 2020. Als er dort von der republikanischen US-Senatorin Debra Fischer zum Ersteinsatz von Atomwaffen befragt wurde, antwortete Wolters lächelnd: "Frau Senatorin, ich bin ein Befürworter des flexiblen Ersteinsatzes von Atomwaffen." ("I'm a fan of flexible (nuclear) first use"). Hiroshima und Nagasaki lassen Stuttgart grüßen.

„Begrenzter“ Atomkrieg in Europa?

Der „flexible“ nukleare Erstschlag gegen Russland würde vermutlich von Deutschland bzw. Europa aus erfolgen und soll, geht es nach den US-Strategen, auf Europa begrenzt sein. Stuttgart würde so zu einem potentiellen Angriffsziel. Zurückgreifen können die USA dabei u.a. auf die im Fliegerhorst Büchel (Rheinland-Pfalz) gelagerten und jetzt modernisierten atomaren Sprengköpfe, die im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ von Bundeswehrpiloten ins Ziel geflogen werden sollen. Dafür kauft die Ampel-Regierung nun in den USA die neuen Tarnkappenbomber F 35.

Was bedeutet dies für uns?

Die permanente Ausdehnung der NATO nach Osten seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990 und die Verlagerung von immer weiteren Truppenverbänden und Raketenstellungen in Richtung Russlands Grenze und nicht zuletzt die Außerkraftsetzung des INF-Vertrags über die Begrenzung nuklearer Mittelstreckenraketen durch die USA im August 2019 müssen auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Hinzu kommt die schon vor der russischen Invasion geplante Stationierung von neuen Hyperschall-Waffen (Dark Eagle) durch die USA in Grafenwöhr. Damit würden sich dann die Vorwarnzeiten für Russland auf wenige Minuten verkürzen.(3)

Die Angst vor einem nuklearen Erstschlag ist mehr als berechtigt - nicht nur für die russische Seite, sondern auch für uns! Über die Folgen einer weiteren Eskalation gerade auch für Deutschland und insbesondere für Stuttgart sollte sich jede/jeder selbst klarwerden. Blinde und einseitige Emotionen helfen jedenfalls niemand.

Was müssen wir ganz aktuell fordern?

► Sofortiger Stopp aller NATO-Waffenlieferungen an die Ukraine

► Schließung der besonderen Einsatzzentrale Ukraine ECCU in Stuttgart-Vaihingen

► Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland; Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und Verpflichtung, dass von seinem Gebiet auch durch Dritte keinesfalls ein atomarer Erstschlag ausgeführt werden darf.

► Sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine; bedingungslose Verhandlungen über eine international garantierte militärische Neutralität der Ukraine; über eine neue europäische Sicherheitsordnung und über eine Aufhebung all der uns selbst schädigenden Sanktionen zur „Ruinierung“ Russlands.

► Schließung von EUCOM und AFRICOM, sofortiger Abzug aller US-Truppen.

Unterstützen Sie Gruppen, Parteien und Initiativen, die für die Beendigung des Krieges, für nukleare Abrüstung, für Frieden und für internationale Zusammenarbeit eintreten! Wenden Sie sich an Ihre Abgeordneten und protestieren Sie in den Medien gegen die ständige Kriegstreiberei!

K. Lopau, Friedenstreff Bad Cannstatt

AUS DEN DISTRIKTEN UND ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

DISTRIKT INNENSTADT

Vorsitzende
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Distriktsmitglieder,
die nächste Distriktsversammlung ist für den

15. November
um 20.00 Uhr
in der Kulisse

vorgesehen. Welcome!

Protokoll
Sitzung vom 18.10.2022
Nebenraum der Kulisse, 20.00 - 21.45 Uhr

Anwesend 4 Genoss*innen

TOP 1
Die bevorstehende Satzungsänderung des Kreisverbands
Wir begrüßen die Änderung ohne Einschränkung und bedanken uns bei Philipp und Volker für die gute Vorbereitungsarbeit und saubere verständliche Formulierung.

TOP 2
Hinweis auf den Termin des Kreisverbands am 28.10 mit Sebastian Roloff in der Spielvereinigung.
Man sollte ihn zu den Vorfällen in der Schweiz rund um den Kauf der F-35 fragen (bzw. die - - Meinung der Fraktion zur Einschätzung der Schweizer, dass die F-35 ein für die Schweizer Bedürfnisse völlig ungeeignetes Flugzeug sei)
Es geht das Buschfunk-Gerücht, dass Rolf Mützenich als Fraktionsvorsitzender abgelöst werden soll von Michael Roth. Ist da was dran, dass der letzte Verfechter von Friedensdiplomatie abgelöst werden soll? Wir jedenfalls empfänden das sehr bedenkliche Entwicklung.
Fragen zu Neues aus der Fraktion und dem GKV gab es keine.

TOP 3
Verschiedenes und Diskussion
Erlanger Bündnis für den Frieden: inhaltlich sehr bedenklicher Redebeitrag eines ukrainischen Geflüchteten bei der letzten Kundgebung. Josè als nachfolgender Redner konnte die Linien wieder zurechtrücken, berichtet ein Teilnehmer.

In der letzten Stunde wurde frei über mehrere aktuelle Themen rund um die Regierungsarbeit und die medialen Verlautbarungen dazu diskutiert.

In eigener Sache:
Wie könnte eine „Wiederbelebung“ in der Distriktsarbeit Innenstadt gelingen, viele unserer früher regelmäßigen Teilnehmenden scheinen durch neue berufliche, private, gesundheitliche Belastungen, neue Ehrenämter ect. Ihre Aufmerksamkeit vom Distrikt weg „umverteilt“ zu haben. Das ist ein nachvollziehbarer, aber kein besonders angenehmer Zustand. Es bleibt bei den Verantwortlichen ein Gefühl von Unzulänglichkeit. Es wäre schön, wenn aus der Mitte der Distriktsmitglieder wieder mehr Impulse kämen, nicht nur der passive „Anspruch auf Politainement“.

Protokollführung
Monika Fath-Kelling

DISTRIKT OST

Vorsitzender
Felix Klingert
felix.klingert@gmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchten wir euch zur

Distriktsitzung am 15. November um 19.00 Uhr im Nebenraum des Brückenpaulus

einladen!
Bisher gibt es noch kein Schwerpunkt-Thema.

Weitere Termine 2022 im Überblick:

6. Dezember um 19 Uhr: Jahresausklang mit gemeinsamem Essen (Thaler-Mühle)

Bitte meldet euch bei Fragen oder Rückmeldungen per Mail: schaefer-erlangen@web.de und felix.klingert@gmail.com.

Solidarische Grüße,
Silvia und Felix

DISTRIKT WEST

Vorsitzende
Katrin Hurle
Felizitas Traub-Eichhorn
katrin9290@googlemail.com
felizitas.traub-eichhorn@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unsere nächste Distriktsitzung findet am Mittwoch, den 30.11. um 20 Uhr im Güthlein (Dorfstraße 14, Büchenbach) statt.

Diesmal geht es in Anbetracht der aktuellen Krise um praktische, schnell umsetzbare Tipps zur Energieeinsparung in den Bereichen Strom, Wärme oder KFZ.
Dr. Karl-Peter Frohmader und Heinz Horbaschek haben langjährige Erfahrungen auf diesen Gebieten als Mitglieder der Energiegruppe der Kreisgruppe des Bund Naturschutz Erlangen und arbeiten eng mit dem Verein Energiewende(ER(H)langen e.V. zusammen. Nach einer Einführung mit einer Themenliste stehen sie für detaillierte Fragen zur Verfügung. Unser Landtagskandidat Philipp Dees wird ebenfalls anwesend sein und mit seiner Expertise unter anderem im Bereich Erneuerbare Energien zur Verfügung stehen.
Wir freuen uns über zahlreiche Teilnahme!

Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

Treffen des Distrikts West am 28.9.2022 im Gasthof Güthlein

Im Jahr 2023 werden wir einen neuen Land- und Bezirkstag wählen. Mit der Nominierung von Philipp Dees zum Landtagskandidaten und Sophia Waldmann zur Bezirkstagskandidatin treten zwei Leute aus unserem Distrikt an. Auch wenn Sophia mittlerweile umgezogen ist, hat sie ihre politischen Wurzeln bei uns im Westen. Wir freuen uns ganz besonders und versichern beiden, dass wir sie mit allen Kräften unterstützen werden.
Zunächst stellte Sophia ihre Schwerpunkte für den Wahlkampf vor. Dann gab unsere amtierende Bezirksrätin Gisela Niclas sachkundig Informationen über die aktuellen Probleme im Bezirk, vor allem im Klinikbereich. Dabei kam sie auch auf den für die Stadt Erlangen so relevanten Ersatzneubau des Klinikums am Europakanal zu sprechen. Durch Bündelung der Einrichtungen und eine stärker verdichtete Bebauung wird dort die Hälfte des Geländes an die Stadt Erlangen veräußert werden können, was für Wohnungsbau genutzt werden kann. Angesichts der Tatsache, dass nach dem verlorenen Bürgerentscheid zu West III das Flächenpotential der Stadt ausgeschöpft ist, tut sich hier eine Chance auf, zumindest noch eine weitere größere Maßnahme zu entwickeln.

DISTRIKT TENNENLOHE

Vorsitzender
Rolf Schowalter
RolfSchowalter@t-online.de

SPD Distrikt Tennenlohe
Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zur

Distriktversammlung am Mittwoch, 09.11.2022, 19.30 Uhr (!!!) Schlossgaststätte Schlossgasse 7, 91058 Erlangen-Tennenlohe

Tagesordnung:
1. Aktuelles.
2. Einquartierung afghanischer Ortskräfte.
3. Vorschau auf die Bürgerversammlung.
4. Diskussion aktueller politischer Probleme.
5. Verschiedenes.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Vorankündigung: unsere nächste Distriktversammlung am 14.12.

Nach langer Pause:

Wir laden Euch recht herzlich ein, diesmal zum

„Enten"-Essen bei Fritz Klein im „Schlößla" (d.i. Schloßgaststätte, Schlossgasse 7) Sonntag, den 20.11.22, 12.00 Uhr

P.S.: die Gänse sind zu teuer geworden!

Der Distrikt freut sich auf euer Erscheinen und auf gute Gespräche
Bitte kurze Rückmeldung an Rolf Schowalter bis zum 15.11.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter, Tel.: 60 19 24
rolfschowalter@t-online.de

Protokoll der Distriktversammlung vom 12.10.2022 in Tennenlohe

Top 1: Aktuelles
Wir begutachten das neue Format des Monatsspiegels. Alle äußern sich sehr positiv. Die Farbe steht dem SPD-Blatt gut zu Gesicht. Wenn auch einer meint, dass die Farbe Rot übermäßig verwendet wurde, vielleicht im Überschwang der ersten Ausgabe. Auch die Fotos haben eine ganz andere Qialität. Wir stellen uns vor, wie die in der Schwarz-Weiß-Version der früheren Ausgaben ausgesehen hätten: flau und verschwommen. Also einhelliges Lob für das neue Layout. Im Vergleich zu den Fotos im Tennenloher Boten kann man feststellen, dass vielleicht sogar noch ein bisschen Qualitätsverbesserung möglich wäre.

Top 2: Planung von Wahlkampfaktivitäten
Wir wollen Phlipp und Sophia im Tennenloher Boten frühzeitig vorstellen und „bewerben". Außerdem wollen wir Sophia näher kennen lernen und bemühen uns um einen Vorstellungstermin in einer unserer Distriktversammlungen. Philipp hatten wir schon im Frühsommer zu Gast.
Wir werden Hausbesuche in Tennenlohe durchführen, in welcher Form auch immer, weil sich dieses Format als sehr effektiv erwiesen hat. Vor dem StUB-Bürgerenstscheid und vor den Kommunalwahlen haben einige von uns, im ersten Fall zusammen mit Vertretern/innen der Grünen Liste, im anderen Fall mit Genossinnen und Genossen in Tennenlohe dieses für uns neue Format ausprobiert und wir sind zu der Überzeugung gekommen, dass dies wirkungsvoll ist. Wir erreichen zwar mit dem Tennenloher Boten alle Haushalte und das Blättchen wird eifrig gelesen, einige sind auch in Vereinen verwurzelt, aber der Kontakt zu den Nichtorgansisierten kann oft nur an der Haustür hergestellt werden.

Top 3: Neues in Tennenlohe
Afghanische Ortskräfte mit ihren Familien, insgesamt ca. 60 - 65 Personen, werden mitten im alten konservativen Tennenlohe ab Ende Oktober vorübergehend eine Bleibe finden. Es ist damit zu rechnen, dass heftiger Widerstand entstehen wird. Wir diskutieren die Angelegenheit sehr kontrovers. Vereinzelt wurde

dafür plädeirt, sich in dieser Angelegenheit im Hinblick auf Wahlchancen absolut zurückzuhalten, andere bezeichnen dies als populistische Einstellung. Die Anfrage vom OB zur Reaktivierung des früheren Helferkreises von 2015 ff. (Flüchtlingsunterkünfte am Wetterkeuz und im Weichselgarten), die damals vom Ortsbeiratsvorsitzenden Rolf Schowalter initiiert worden ist, lehnt der Betreffende ab. Innerhalb der Leitungsebene gab es nach einiger Zeit erhebliche Verwerfungen und eine Zusammenarbeit mit den damaligen Akteuren ist nicht vorstellbar. Es soll zeitnah eine Informationveranstaltung stattfinden mit Vertretern von Stadt und der Regierung von Mittelfranken(24.10.). Das Thema wird uns noch länger beschäftigen.

Top 4: Ortsbeirat
Die von Fritz Klein ausprobierte neue Sitzordnung für die Ortsbeiratsmitglieder hat sich als völliger Fehlgriff erwiesen, was sich auf den Verlauf der Sitzung erheblich negativ ausgewirkt hat.
.
Top 5: Sonstiges
Wir diskutieren noch die aktuellen übergeordneten politischen Probleme.

Rolf Schowalter

DISTRIKT SÜD

Vorsitzender
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen

unsere nächste Distriktssitzung findet statt

am Mittwoch, den 16.11., um 20.00 Uhr im Bürgertreff Berliner Platz, Berliner Platz 1.

Die vorgeschlagene Tagesordnung ist:

1. Aktuelles aus dem Stadtteilbeirat
2. Aktuelles aus dem Stadtrat
3. Planung Hausbesuche Energiesprong-Projekt Gewobau
4. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen
Andreas Richter
Vorsitzender

JUSOS ERLANGEN

Vorsitzende
Sophia Waldmann
Mark Schuster
info@jusos-erlangen.de

Liebe Jusos,

im November 2022 treffen wir uns als Jusos und bereden folgende Themen:

- 11.10.: Geschichte der Arbeiter*innenjugend
- 25.10.: Nürnberger Prozesse im Lichte der heutigen Zeit mit Prof. Christoph Safferling (FAU)

Wir treffen uns zu den Sitzungen um 19:30 Uhr im Sitzungszimmer des August-Bebel-Hauses (Friedrich-List-Str. 5, 91052 Erlangen, Eingang über Parkplatz). Änderungen - gerade bzgl. Sitzungsort - werden über Slack bekannt gegeben. Eine Einladung zur jeweiligen Sitzung wird dann per Mail und Slack übermittelt.

Für unsere Sitzungen hoffen wir wie immer auf eine rege Beteiligung sowie eine gute, konstruktive Diskussion.

Euer Vorstand

AG 60+ ERLANGEN

Vorsitzende
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 21.09.2022 in der Thalermühle, Erlangen

1. Begrüßung durch die Vorsitzende Monika Fath-Kelling, besonders begrüßt wird als Gast Peter Steger. Er ist in der Stadtverwaltung für die Belange der Erlanger Städtepartnerschaften zuständig, somit auch für die Partnerschaft Erlangen – Wladimir, die ihm besonders am Herzen liegt.
2. Es schließt sich eine ausführliche und angeregte, teils kontroverse Diskussion zwischen ihm und den Anwesenden an. Peter Steger läßt seiner tiefen persönlichen Enttäuschung über den Bruch in der Partnerschaft zu Wladimir verursacht durch den aktuellen Krieg Russland/Ukraine, freien Lauf.
3. Hartmut Wiechert beklagt die zurückgehenden Aktivitäten mit der Städtepartnerschaft Jena. Hier ist ganz allgemein auch auf europäischer Ebene festzustellen, dass selbst bei seit vielen Jahrzehnten bestehenden Städtepartnerschaften nur noch wenig Austausch stattfindet. Wir führen das einerseits auf das Näherrücken der Länder in Europa, gemeinsame Euro-Währung, Erasmus-Programm und vieles, problemloses Reisen zwischen den Ländern ohne Grenzkontrollen zurück. Die Städtepartnerschaften waren wichtige Meilensteine für die Überwindung der Folgen von zwei Weltkriegen, sowie für die Vertrauensbildung und das erneute Kennenlernen der Menschen untereinander in Europa mit einem „ernüchterten“, demokratischen Deutschland.
4. Wir werden zum Thema Friedenspolitik einen weiteren Brief an Lothar Binding (AG 60+ Bund) schicken. Unser Friedensbeauftragter Hem Aichele hat weitere drei Fragen an die Parteileitung angeregt, die über Lothar Binding an die Parteiführung herangetragen werden sollen:

   a) Aus welchen Gründen hat sich die Bundesregierung (und damit auch unsere Parteiführung) im Rahmen des 100 Milliarden „Zeitenwende“programms auf die US-amerikanischen F-35 Lightning II-Bomber von Lockheed Martin festgelegt?

   b) Was sind die Überlegungen und ausschlaggebenden Gründe sich weiter unbeirrbar für die „nukleare Teilhabe“ auszusprechen? Diese Entscheidung läuft immerhin unterzeichneten (aber derzeit noch nicht ratifizierten) Verträgen zum Atomwaffenverzicht und diversen Parteitagsbeschlüssen zuwider.

   c) Diese Frage richtet sich speziell an Kevin Kühnert bezüglich seiner Aussage „Ich bin Anti-Militarist, kein Pazifist“. Welche praktischen Folgen ergeben sich aus seiner persönlichen Haltung für die Haltung der Gesamt-Partei zum Frieden bzw. Friedensdiplomatie? Verbunden mit der Bitte um (evtl. öffentliche) Antwort. (...der Bundesvorstand der AG SPD 60 plus lädt für den 19. Oktober um 17:30 Uhr ins Willy-Brandt-Haus zu einer Diskussion mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Rolf Mützenich zum Thema „AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK NACH DER ZEITENWENDE“ ein... böte sich als Gelegenheit an)
5. Wir wollen Herrn Bindung zum Frühjahr 2023 für eine Veranstaltung der AG 60+ nach Erlangen einladen.
6. Nächste Termine: Filmreihe im Herbst 2022: Wir haben zwei Termine, 12. Oktober 2022, 15.00 IGM-Saal mit dem Film „Wir sind die Neuen“ und 23. November 2022, 15:00, da steht der Film noch nicht fest, wir versuchen weiterhin Adams Äpfel auszuleihen, was sich bislang als „schwierig“ gezeigt hat.

Der nächste Sitzungs termin für AG 60+ ist am 9. November 2022

vorgesehen.

Protokollführerin: Renate Schmidt/ Monika Fath-Kelling

Unterbezirk
Vorstandssitzung der AG 60+
am Mittwoch, 19.10.22 um 15 Uhr
im August Bebel Haus

Protokoll

TOP 1: Wo wollen wir als AG 60+ des Unterbezirks künftig unseren Schwerpunkt setzen.
Es gibt in der SPD drei gesetzte Arbeitsgemeinschaften: JUSOS, ASF und 60+. Sie repräsentieren die Mitgliedschaft unserer Partei. Wir als 60+ wollen uns nicht auf die Gebrechlichkeitsthematik im Alter und was damit an Themen zusammenhängt reduzieren. Wir möchten durchaus aktuelle politische Themen bearbeiten, und dann unsere Sicht auf diese Punkte aus der Perspektive eines älteren Menschen in die Parteiarbeit einbringen. Soviel um unser Selbstverständnis noch einmal klar zu formulieren.

Hartmut bringt als Anschauungsmaterial das ambitionierte Programm der IG-Metall Senioren von 2022 mit. Mit Berufung auf das so erfolgreiche gemeinsame Filmprojekt der AG 60+ des Kreisverbands, wird Hartmut Wiechert als Vorsitzender mit der Aufgabe betraut, sich mit den IG Metall Senioren abzusprechen, ob in 2023 nicht 2-3 gemeinsame Themenabende anstrebenswert wären. Selbstverständlich würden auch bei diesen gemeinsamen Themenabenden die Vorbereitungsarbeiten geteilt (Referenten für bestimmte Themenstellungen besorgen, ect.)

TOP 2 Aktuelles:
Auf der Veranstaltung des Kreisverbands mit Sebastian Roloff am 28.10. in der Spielvereinigung Erlangen wird Helmut Aichele als Friedensbeauftragter gebeten, dem neu in den Bundestag eingezogenen jungen Mann (stellvertr.Vorsitzender der DL (Demokratische Linke) 21) folgende Fragen zu stellen:

1. Aus welchen Gründen hat sich die Bundesregierung im Rahmen des 100 Milliarden "Zeitenwende"programms auf die US-amerikanischen F-35 Lightning II-Bomber von Lockheed Martin festgelegt?
2. Was sind die Überlegungen bzw. ausschlaggebenden Gründe der Regierung sich weiter völlig unbeirrbar für die "nukleare Teilhabe" auszusprechen? Diese Entscheidung unterläuft immerhin unterzeichnete (aber derzeit noch nicht ratifizierte) Verträge zum Atomwaffenverbot, sowie diverse Parteitagsbeschlüsse. Werden in der Fraktion solche Fragen noch diskutiert oder behandelt?
3. Wie steht die Fraktion zu Lars Klingbeils Äußerungen, " Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben." und „Friedenspolitik bedeutet für mich, auch militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik zu sehen"? Sie stehen konträr zu allem, was unsere Partei und auch alle anderen Parteien in den vergangenen Jahrzehnten zu dem Thema verlautbart haben.

   Weiter wird Hartmut gebeten, bei seinen Gesprächen mit den IG-Metall Senioren auf die Veranstaltung des Erlanger Friedensbündnis mit Reiner Braun am 8.Dezember aufmerksam zu machen.

Protokoll
Monika Fath-Kelling

Absender:
SPD-KV Erlangen
Friedrich-List-Str. 5 - 91054 Erlangen

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.

ETIKETT
FÜR EMPFÄNGER*IN

EIN DOKUMENTARFILM VON ULI BEZ

WO DIE TRÄUME WARTEN

JANET SHAKIL MIT ELENI TSAKMAKI UND

FILM & GESPRÄCH
SAMSTAG, 26.11.22
UM 17:00 UHR

KREUZ+QUER
ERLANGEN
EINTRITT FREI

Eine Veranstaltung von BildungEuangelisch in Kooperation mit dem Frauenzentrum Erlangen und der AsF-SPD Erlangen